

Ausschuß für Schule und Weiterbildung

Protokoll

38. Sitzung (nicht öffentlich)

11. November 1987

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 bis 12.50 Uhr

Vorsitzender: Abg. Frey (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2250

Ergänzung zu dem Gesetzentwurf
Drucksache 10/2530

Einzelplan 05 - Kultusminister

Vorlagen 10/1201, 10/1221 und 10/1280

in Verbindung mit § 19 des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2252

- Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen

Einzelberatung

Zu § 19 GFG - Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen - nimmt der Ausschuß einen Bericht des Innenministers entgegen und wünscht eine Aufstellung über die Verwendung der Schulbaumittel in den Jahren 1980 bis 1988, aufgeschlüsselt nach

Ausschuß für Schule und Weiterbildung
38. Sitzung

11.11.1987
ni-ro

Schulformen, basierend auf der während der Haushaltsberatungen 1987 vorgelegten Tabelle.

Die Ausschußmitglieder setzen sich sodann im Rahmen der Beratung des Einzelplans 05 über das nach Meinung der CDU-Fraktion von ihr unterbreitete Gesprächsangebot zur Verwirklichung eines Einstellungskorridors, welches von der SPD-Fraktion nicht als solches betrachtet wird, auseinander.

2 Aufgabenkritik/Personalaufwand

Vorlage 10/1252

- Beratung

Grundlage der Beratung bildet das Papier des Kultusministers mit dem Titel "Mittelfristige Personalplanung zur Deckung des Unterrichtsbedarfs" vom 27. März 1987, zu dem von seiten des Kultusministers weitere Informationen gegeben werden. Die CDU-Opposition begrüßt das Papier insofern, als dadurch die Vorleistungen des Bereiches Schule zur Konsolidierung des Haushalts dokumentiert würden. Kritisiert wird von der CDU, daß der Kultusminister zwar in dem Papier wie auch im übrigen darlege, wie der Unterrichtsbedarf durch Versetzungen gedeckt werden könne, nicht jedoch auf den fächerspezifischer Bedarf hinweise. Um den Finanzminister als einen der politisch Verantwortlichen befragen zu können, einigt sich der Ausschuß auf Vorschlag der SPD darauf den Finanzminister, zur Sitzung des Ausschusses am 25. November einzuladen.

3 Stärkung der musisch-kulturellen Bildung

Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache 10/2125

in Verbindung damit:

Rahmenkonzept zur "Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule"

Vorlage 10/1297

- Beratung

Eingehend auf einen Einwand der CDU-Fraktion einigt sich der Ausschuß darauf, die Beratung über den CDU-Antrag und das Rahmenkonzept nicht miteinander zu verknüpfen, sondern nacheinander durchzuführen.

Ausschuß für Schule und Weiterbildung
38. Sitzung

11.11.1987
ni-ro

Die wesentlichen Inhalte des CDU-Antrages werden von Frau Matthäus, die des Rahmenkonzeptes von dem Herrn Staatssekretär erläutert.

Auf Anregung der SPD-Fraktion kommt der Ausschuß überein, zu dem Rahmenkonzept eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen mögen die Experten benennen.

5 Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes und des Schulordnungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2445

- Beratungsverfahren

Der Vorsitzende sagt zu, die Aussprache über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. - Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes und des Schulordnungsgesetzes - für die Tagesordnung des Ausschusses am 9. Dezember vorzusehen. Bezüglich des von der CDU zwischenzeitlich eingebrachten "Gesetz zur vorübergehenden Regelung der Anforderungen an einen geordneten Schulbetrieb" will er die Entscheidung des Plenums abwarten.